

Guido Strack
Allerseelenstr. 1n
51105 Köln
Tel.: 0221 1692194

Guido Strack – Allerseelenstr. 1n – 51105 Köln

Köln, 15.10.2013

An die Europäische Bürgerbeauftragte
Frau O'Reilly (**persönlich!**)

per Email an: eo@ombudsman.europa.eu

Bitte um Durchführung einer Untersuchung zum Verhalten Ihres Amtsvorgängers

Sehr geehrte Bürgerbeauftragte O'Reilly,

ich hatte Sie bereits unmittelbar nach Ihrer Wahl auf meinen Fall aufmerksam gemacht. Mit diesem Schreiben möchte ich Sie bitten, diesen umfassend zum Gegenstand einer eigenen Untersuchung zu machen. Schwerpunkt sollte dabei meines Erachtens das Verhalten Ihres Amtsvorgängers und der Dienste des Europäischen Bürgerbeauftragten und die aus meiner Sicht vielfach fehlerhafte Bearbeitung meiner Beschwerden sein.

Mir ist bewusst, dass diese Vorgänge zum Teil weit mehr als nur zwei Jahre zurückliegen und mir insoweit der Weg einer normalen Beschwerde abgeschnitten ist, ich denke aber, dass es für den Ruf des Amtes des Europäischen Bürgerbeauftragten und für Ihre eigene Glaubwürdigkeit von entscheidender Bedeutung ist, etwaige Versäumnisse und Fehler Ihres Amtsvorgängers nicht zu ignorieren sondern offenzulegen und soweit noch möglich zu korrigieren.

Aus meiner Sicht liegt Fehlverhalten Ihres Amtsvorgängers und seiner Dienste in den nachfolgend aufgelisteten Aspekten vor, die ich, sofern Sie sich zu einer eigenen Untersuchung entschließen, Ihnen auch gerne noch ausführlicher erläutern werde. In den meisten Fällen sollte Ihnen eine Analyse meiner zu den jeweiligen Beschwerden bereits in Ihrem Hause vorliegenden Schriftsätze jedoch bereits ausreichende Ansätze dafür bieten, dass sich Ihr Amtsvorgänger jedenfalls aus meiner Sicht weigerte, krasses und in seinen Mustern wiederkehrendes Fehlverhalten insbesondere der Europäischen Kommission näher zu untersuchen und als solches zu benennen oder gar das Europäische Parlament hierüber zu informieren und sich stattdessen mit Verfahrenstricks, Verdrehungen meiner Argumentation und der Rechtslage und mit einer meines Erachtens unververtretbaren Auslegung seines Ermessensspielraums sowie mit einem auf Nachfrage geäußerten „großen Bedauern“ über meine Situation aus der Affäre zog. Im Einzelnen beanstandete ich:

- Im Rahmen des Verfahrens 140/2004/(BB)PB hatte mir Ihr Amtsvorgänger zugesichert, dass ich hinsichtlich der Qualität der OLAF Untersuchung C(2002)845, die ich zum Gegenstand der Gerichtsverfahren T-4/05 und C-237/06P machte, eine neue Beschwerde erheben könne,

falls jene Klagen als unzulässig zurückgewiesen würden. Meine entsprechende Beschwerde 1330/2007/PB wurde aber dann dennoch nicht untersucht. Ein rechtlich unverbindliches und einer Überprüfung durch den EuGH unzugängliches obiter dictum des EuG, auf welches sich Ihr Amtsvorgänger insoweit berief, kann m.E. keinerlei Sperrwirkung für den Bürgerbeauftragten entfalten.

- Meines Erachtens hätte Ihr Amtsvorgänger außerdem bereits meine erfolgreichen Beschwerden 140/2004/(BB)PB, 1434/2004/PB, 3402/2004/PB, 0144/2005/PB, 3002/2005/PB zum Anlass nehmen müssen, hierüber und über das damals noch von ihm selbst attestierte unkooperative Verhalten von OLAF und der Kommission dem Parlament einen Sonderbericht zu erstatten und von sich aus zu untersuchen, ob hierin nicht Anhaltspunkte für eine systematische Diskriminierung meiner Person liegen. Aber dies geschah selbst nach weiteren Fehlverhaltensfeststellungen in anderen Verfahren bis heute nicht.
- Als äußerst merkwürdig und untersuchungsbedürftig empfand ich auch Verhalten Ihres Amtsvorgängers im Zusammenhang mit meinem Versuch einer Akteneinsicht in meine Art. 73-Akte am 02.03.2006. Obwohl ich nachweisen konnte, dass er selbst und der EDPS über den Inhalt jener Akte durch die Kommission widersprüchlich informiert worden waren und die Kommission trotz vorheriger Zusage mir eben keine vollständige Akteneinsicht gewährte (und mir auch noch verweigerte, Aktenbestandteile zu kopieren) entzog sich Ihr Amtsvorgänger hier einer Feststellung dieser Wahrheit (0723/2006/(WP)PB, 1116-2008-PB) und leugnete auch meinen Anspruch auf Ersatz des mir durch jenes Fehlverhalten der Kommission entstandenen Schadens (3591-2006-(WP)PB, 1821-2008-PB).
- Fragwürdig war für mich auch das Verhalten Ihres Amtsvorgängers in Bezug auf meine Weiterverfolgung des Anliegens auf Dokumentenzugang aus den Beschwerdeverfahren 1434/2004/PB, 144/2005/PB, 3002/2005/PB und 3402/2004/PB. In letzterem hatte Ihr Amtsvorgänger in seiner Entscheidung als Grund für seine eigene weitere Untätigkeit ausgeführt, dass „ein erneuter Zugangsantrag an das OLAF gemäß Verordnung 1049/2001 unter Verfahrensgesichtspunkten vermutlich Gewinn bringender sei“. Als ich genau diesem Rat folgte und jener Antrag dann von der Kommission als unzulässiger Zweitantrag zurückgewiesen wurde, ließ er mich alleine im Regen stehen und weigerte sich auch, meine Klage T-221/08 (in der es übrigens bis heute nicht einmal einen Verhandlungstermin gibt) zu unterstützen.
- Vollends auf die Spitze trieb Ihr Vorgänger sein Verhalten mir gegenüber dann aber mit den Bescheiden vom 09.06.2011 (zu 0268/2011/PB, vgl. zuvor auch schon 2069/2010/PB) und 16.06.2011 (0882/2011/PB), in denen er sich nunmehr vollständig weigerte, seinen Aufgaben nachzukommen und die von mir gerügten Vorgänge zu untersuchen. Anschließend machte er in seinem Jahresbericht an das Parlament hierzu auch noch unrichtige Angaben. Für die entschuldigte er sich zwar mir gegenüber, nachdem ich ihm die Unrichtigkeit dieser nachgewiesen hatte. Nachdem mir dies von ihm nicht zur Kenntnis gebracht und auch sonst nicht bekannt geworden ist, muss ich davon ausgehen, dass er seine falschen Angaben gegenüber dem Parlament nicht offiziell korrigiert hat.
- Weiteres Fehlverhalten Ihres Amtsvorgängers sehe ich auch hinsichtlich meiner Beschwerdeverfahren 2456/2011/BEH, 0270/2013/BEH und 1226/2013/KM. Da jene Entscheidungen weniger als zwei Jahre zurückliegen, bitte ich Sie insoweit, die Möglichkeit

einer Wiederaufnahme zu prüfen und erhebe hiermit, soweit dies notwendig sein sollte, jeweils eine erneute Beschwerde:

- Im Verfahren 2456/2011/BEH hätte meines Erachtens nach von vornherein die Beschwerde in jenem Umfange geprüft werden müssen, in dem ich sie auch erhoben habe. Kern der Beschwerde war, dass die Kommission, wie vom EuGÖD im Urteil F-119/07 festgestellt, im Jahr 2007 mir rechtswidrig und ohne ärztliche Untersuchung eine Vorschusszahlung im Rahmen des Verfahrens nach Art. 73 des Statuts verweigerte. Die von mir geforderte Umsetzung jenes Urteils hätte demnach darin bestehen müssen, jenen Zustand herzustellen, der bei einer rechtmäßigen Behandlung meines damaligen Antrages auf Vorschuss entstanden wäre. Soweit dies nicht mehr möglich war, hätte mir ein angemessener Ausgleich für die, allein aufgrund des rechtswidrigen Verhaltens der Kommission entgangene, Chance gewährt werden müssen, den Vorschuss schon 2007 zu erhalten. Auf all dies ist Ihr Amtsvorgänger jedoch nicht eingegangen, hat sich zunächst auf den Zeitraum seit dem 11.05.2010 beschränkt und dann schließlich, obwohl er implizit Fehlverhalten der Kommission feststellte, mir jegliche Entschädigung, sogar jene, zu der sich die Kommission selbst zunächst bereit erklärt hatte, vereitelt.
- Als fehlerhaft empfand ich auch die Weigerung Ihres Amtsvorgängers auf meine Beschwerde 0270/2013/BEH hin rundweg jegliche Überprüfung der Entscheidung des EDPS zu verweigern. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass der EDPS (der sich wie das Verfahren 0491/2008/PB zeigt, ja bereits zuvor mir gegenüber eklatant rechtswidrig verhalten hat) nunmehr von der Kontrolle des Bürgerbeauftragten generell ausgenommen ist, genau darauf läuft aber die Argumentation Ihres Amtsvorgängers in dieser Angelegenheit hinaus.
- Das Beschwerdeverfahren 1226/2013/KM schließlich wurde allein aufgrund einer mündlichen Auskunft der Kommission eingestellt. Dies alles ohne, dass Ihre Bearbeiterin mir auf Nachfrage überhaupt erklären konnte, was der genaue Inhalt der Aussage der Kommission, die sie im Übrigen wohl nicht einmal in Form eines Aktenvermerks dokumentiert hat, war. Auch wurde mir jegliche Möglichkeit genommen, vor Beendigung des Verfahrens meinerseits zu den Äußerungen der Kommission Stellung zu nehmen. Dies alles, obwohl bereits aus einer nur oberflächlichen Lektüre der, meiner Beschwerde bei Ihnen zugrunde liegenden, Verwaltungsbeschwerde deutlich werden musste, dass Gegenstand meines Antrages bei der Kommission auch die vollständige Akteneinsicht durch meinen Arzt war und auch diese von der Kommission stets verweigert worden war. Mittlerweile hat mein Arzt seinerseits nochmal bei der Kommission unter Bezugnahme auf die Ihrer Bearbeiterin gegenüber abgegebene Erklärung vollständige Akteneinsicht verlangt, die ihm jedoch bisher nicht gewährt wurde.
- Zu dem noch laufenden Verfahren 0635/2012/BEH werde ich mich in einem getrennten Schriftsatz äußern, möchte an dieser Stelle jedoch darauf hinweisen, dass ich in dessen bisheriger Behandlung etliche Parallelen zum Verfahren 2456/2011/BEH sehe. Auch hier wurde mein eigentlicher Beschwerdegegenstand bereits vor der Zuleitung an den Beschwerdegegner durch Ihre Mitarbeiter mit einer aus meiner Sicht absurden Rechtsauslegung wegdefiniert, und auch hier verfolgt der Beschwerdegegner mit seiner

Stellungnahme offensichtlich die Strategie, den jetzt noch verbliebenen Beschwerdegegenstand als unbedeutend darzustellen.

Sehr geehrte Bürgebeauftragte O'Reilly, ich bin mir durchaus bewusst, dass ich Sie mit diesem Schreiben vor eine schwierige Entscheidung stelle. Sie müssen sich entscheiden, ob Sie Bestandskraft und die Kontinuität Ihres Hauses höher gewichten als Rechtmäßigkeit und materielle Gerechtigkeit, ob Sie das Appeasement mit den Institutionen und insbesondere der Kommission, welches Ihr Vorgänger gepflegt hat, fortsetzen wollen, oder ob Sie bereit sind, Unruhe im eigenen Hause in Kauf zu nehmen und Fehlentscheidungen Ihres Vorgängers zu korrigieren und eine klare Kehrtwende einzuleiten.

Wenn ich hier von Appeasement spreche, so wurde dies für mich kaum je so deutlich wie anlässlich der von Ihrem Amtsvorgänger am 24.03.2012 organisierten Veranstaltung im Europäischen Parlament. Schauen Sie sich die Aufzeichnung jener Veranstaltung einmal an. Beobachten Sie, wie Ihr Amtsvorgänger dort einerseits die Vertreter der Institutionen umgarnt und andererseits tatenlos hinnimmt, wie mir auf seiner Veranstaltung die Möglichkeit genommen wird, Herrn Barroso kritische Fragen zum Umgang mit Whistleblowern und mit mir zu stellen. Vielleicht werden Sie dann verstehen, warum ich mein anfänglich großes Vertrauen in die Institution des Europäischen Bürgerbeauftragten mehr und mehr verloren habe und warum ich inständig hoffe, dass es Ihnen u. a. durch eine angemessene Reaktion auf dieses Schreiben gelingen wird, dieses verloren gegangene Vertrauen wieder herzustellen.

Ich hoffe sehr, dass Sie dieses Schreiben persönlich erreicht und dass Sie es selbst unbefangen prüfen werden. Alle angesprochenen Punkte kann ich Ihnen auf Wunsch gerne näher erläutern und würde mich auch sehr freuen, dies in einem persönlichen Gespräch tun zu können.

Mit freundlichem Gruß

A black rectangular redaction box covers the signature area. A small handwritten mark is visible at the bottom left corner of the redaction.

Guido Strack
Allerseelenstr. 1n
51105 Köln
Tel.: 0221 1692194

Guido Strack – Allerseelenstr. 1n – 51105 Köln

Köln, 15.10.2013

To the European Ombudswoman
Mrs. O'Reilly (in person)

by email to: eo@ombudsman.europa.eu

(EN-Version translated from DE)

Request for an investigation concerning your predecessor

Dear Ombudswoman O'Reilly,

I already brought my case to your attention immediately after you were elected to office. With this letter, I would like to ask of you to conduct a comprehensive own-investigation about it. Emphasis should thereby be given to the behaviour of your predecessor and of the services of the Ombudsman and to several aspects of negligence while processing my complaints.

I am aware that these procedures date in part far more than just two years back, and that in that extent, I do not have the possibility to launch a normal complaint. However, I think that for the reputation of the Office of the Ombudsman and for your own credibility, it is crucial that any failures and mistakes of your predecessor should not be ignored but disclosed and as far as it is still possible, these should be corrected.

In my view, there has been misconduct on behalf of your predecessor and his services in the aspects listed below. In the event that you should decide to open an own-investigation, I would be more than willing to expound upon these aspects to you in greater detail. However, a deeper analysis of the documentation of the complaints already made available to your offices, should already provide you with sufficient indications that your predecessor - at least in my view - had refused to investigate in detail, or name as such, reoccurring patterns of crass misconduct of the European Commission or to inform the European Parliament about this. Instead, he employed procedural tricks, misconstrued my reasoning as well as the law, and he furthermore, in my view, maintained untenable interpretations of his margins of discretion. He expressed "great regret" after being queried concerning my situation while distancing himself from exercising his duties. Specifically I object to:

- During the handling of complaint 140/2004/(BB)PB your predecessor had assured me, in respect to the quality of the OLAF investigation C(2002)845, of which I made object of the court proceedings T-4/05 and C-237/06P, that I may hand in a new complaint to him if those court actions would be rejected as inadmissible. My respective complaint 1330/2007/PB, was

not duly investigated. A legally non-binding obiter dictum of the CFI which did not become object of the ECJ review upon which your predecessor based his rejection, cannot, in my opinion, lead to a barrier effect for the Ombudsman.

- I also believe that your predecessor should have used my successful complaints 140/2004/(BB)PB, 1434/2004/PB, 3402/2004/PB, 0144/2005/PB, 3002/2005/PB in order to make a special report to the European Parliament informing it about these complaints and should have reported on the uncooperative behaviour manifested by OLAF and the Commission, to which he himself attested to. He also should have launched an own investigation, if all this had not already provided sufficient evidence for a case involving systematic discrimination against me. All this has not happened until today despite further findings of misconduct in other proceedings.
- I also find very strange the behaviour of your predecessor warranting of an investigation in connection with my attempt to access my Article 73 file on 02/03/2006. Although I was able to prove that he and the EDPS had been informed by the Commission about the content of that file in an contradictory manner and despite the breach of a previous commitment by the Commission to grant me full access to the file (in fact they even refused me permission to copy parts of my file) your predecessor avoided admitting to these facts (0723/2006/(WP)PB, 1116/2008/PB) and furthermore denied my claim for due compensation for damages incurred due to the misconduct of the Commission (3591/2006/(WP)PB, 1821/2008/PB).
- For me the behaviour of your predecessor was also questionable in relation to my attempts to pursue my request for access to documents in a follow up of the complaints 1434/2004/PB, 144/2005/PB, 3002/2005/PB and 3402/2004/PB. In the latter, your predecessor reasoned his decision to not undertake any further steps of his own by stating that “a renewed access application to OLAF, under Regulation 1049/2001, would probably be considerably more economical, from a procedural point of view, than a draft recommendation by the Ombudsman". When I followed his advice, this new access application was in fact rejected by the Commission as an inadmissible repetitive request and he left me to my own devices while also refusing to support my court action T-221/08 (which incidentally has not even had a hearing to date).
- Your predecessor’s behaviour against me was taken to the extreme with his decisions of 09/06/2011 (in 0268/2011/PB, see also previously 2069/2010/PB) and 16/06/2011 (0882/2011/PB), in which he at this point, completely refused to comply with his duties and to investigate my complaints. Afterwards he even made incorrect statements on the subject in his annual report to the Parliament. When I proved the inaccuracy of these statements he did in fact, apologize to me. However, since I have not been informed by him or otherwise since, I shall have to assume, that he has not sought to correct these false statements officially to the Parliament.
- I also see continued misconduct by your predecessor, with respect to my complaints 2456/2011/BEH, 0270/2013/BEH and 1226/2013/KM. Since those decisions are less than

two years old, I ask you to consider to reopen them and hereby (in case that should be necessary) launch a new complaint (in each of them):

- Complaint 2456/2011/BEH in my view should have from the outset, been investigated to the extent in which I launched it. Core of the complaint was that the Commission, as stated in the judgment of CST F-119/07, in 2007, unlawfully and without medical examination refused to give me an advance payment in the procedure under Article 73 of the Statute. The implementation of that judgment which I demanded, in my opinion, ought to have established the state that I would have been in in case of a lawful treatment of my initial request for the advance payment. As far as this was not possible, I should have received an adequate compensation for loss of the opportunity (due to the unlawful conduct of the Commission) to get the advance payment in 2007. But your predecessor did not relate to all this at all, instead he initially limited the complaint to interest payments since 11/05/2010 and then finally, although he implicitly found misconduct of the Commission, he defeated any compensation, even the one the Commission itself had already agreed to.
- I also felt that the refusal of your predecessor concerning my complaint 0270/2013/BEH was a mistake, as he flatly denied any review of the decision of the EDPS. At least I do not know why the EDPS (which as 0491/2008/PB shows already displayed blatantly unlawful conduct towards me) now seems to be generally excluded from the control of the Ombudsman, but this is exactly what the reasoning of your predecessor boils down to.
- Finally my complaint 1226/2013/KM was closed solely on the basis of a verbal communication by the Commission. All this occurred without your investigator being able to explain to me, on request, what exactly had been the content of the Commissions statement, which apparently has not even been documented in your files. I was also denied any possibility to comment on the statement of the Commission before the closure of the complaint. All this happened, despite the fact that already from a cursory reading of my administrative complaint at the Commission, which formed the basis of my complaint to your services, it would have been obvious that my request to the Commission already included to give the full file access to my doctor and that also this had continuously been denied by the Commission. Meanwhile, my doctor on his own initiative, has requested full file access from the Commission and thereby referred to the Commissions statement to your investigator, which has until now been unsuccessful.
- As far as the on-going proceedings in 0635/2012/BEH are concerned I will express myself in a separate letter, however here I already would like to point out that in the treatment until now, I see many parallels to the processing of 2456/2011/BEH. Here again, the real object of my complaint was redefined by your staff using a legal interpretation which I would qualify as absurd even before the complaint was submitted to the other party, who in its statement now seems to follow the strategy to present the issues of the now remaining complainant as insignificant.

Dear Ombudswoman O'Reilly, I am well aware that this letter of request poses a difficult decision for you. You need to decide whether the stability and continuity of your house weighs in higher than legality and substantive justice, or if you want to continue the appeasement policy with the institutions and in particular the Commission of your predecessor, or if you are ready to risk some unrest in your house to correct the mistakes of your predecessor and to make a U-turn.

When I speak here of appeasement, for me this never was as obvious as on the occasion of the event in the European Parliament organized by your predecessor on 24/03/2012. If you can, please check out the recording of that event. Watch how your predecessor on the one hand ensnares the representatives of the institutions and the other hand passively accepts that on his event I was cut off when I tried to ask Mr Barroso critical questions about how he intends to deal with me and the issue of whistleblowers. Perhaps then, you will better understand why successively I lost my initial confidence in the institution of the Ombudsman and why I sincerely hope that you will succeed in restoring this lost confidence by providing me with an appropriate response to this letter.

I sincerely hope that this letter reaches you personally and that you will impartially check it for yourself. On your request I can explain in more detail all the issues raised here. I would be delighted to get a chance to do this in a conversation in person.

Sincerely,

A black rectangular redaction box covers the signature area. Below the box, there are some faint, illegible handwritten marks.